



Fraktion der **WIR** im Gemeinderat

Vorsitz: Hartwig Mensing
Kardinal-Galen-Str. 32
Telefon: 02566-96943
Stellvertreter: Günter Riermann
Jägerheide 25
Telefon: 02545-790

Haushaltsrede zum Haushalt 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren

Kurz bevor ich heute zur Ratssitzung fahren wollte, fragte mich meine Frau, wann ich denn wieder käme, wie lange die Sitzung wohl dauern würde. Ich antwortete, dass wir zwar eine umfangreiche Tagesordnung hätten, aber die meisten Punkte bereits vorberaten worden seien und dass, wenn sich die Haushaltsreden an der Dauer der Haushaltsberatungen orientieren würden, ich es bis zur Tagesschau schaffen müsste zurück zu sein.

Denn von Haushaltsberatungen im eigentlichen Sinne – also Diskussion unterschiedlicher Konzepte und Ideen, andere Haushaltsansätze usw. – konnte in diesem Jahr nicht die Rede sein. Eher muss man sagen: Man hat den Haushaltsentwurf der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Die Wählerinitiative Rosendahl könnte es sich also leicht machen und die Haushaltsrede von 2011 wiederholen, die in den Kernaussagen immer noch Gültigkeit hat. Denn:

WIR haben immer noch das Ziel, im Jahr 2014 und den Folgejahren eine schwarze Null zu schreiben und **Ja**, der eingeschlagene Weg ist der richtige.

Angesichts der Ausgangslage in 2009 bzw. 2010 mit Defiziten in Millionenhöhe war und ist dies kein leichtes Unterfangen. Dies sollte

allen Akteuren klar gewesen sein. Dass mit einer Streichung in Höhe von 50% der Zuschüsse an Vereine und Verbände das Haushaltsloch nicht zu stopfen war, musste jeder erkennen, aber es war ein erster Schritt zur Einsparung und zur Sensibilisierung der Bürger.

Die jetzige Fortschreibung des Haushaltsicherungskonzeptes 2012 zeigt, dass trotz „der Knüppel, die uns von der Landesregierung zwischen die Beine geworfen wurden“, das angestrebte Ziel des ausgeglichenen Haushaltes 2014 weiterhin möglich ist - aber nur durch eine weitere deutliche Verbesserung der Einnahmenseite und gleichzeitigen Einsparungen auf der Ausgabenseite. Für den Bürger bedeutete dies eine weitere finanzielle Belastung:

Die Anhebung von Grundsteuer A und Grundsteuer B – den zweithöchsten im Kreis - war und ist notwendig und führt im Resultat (2012) zu einer Verbesserung von fast 290.000 €.

Auf weitere finanzielle Belastungen der Bürger – wie eine Benutzungsgebühr für Hallen und Plätze – konnte verzichtet werden, da auch deren Umsetzung mit Kosten verbunden ist und der Nutzeffekt in Frage gestellt werden muss.

Auf der Ausgabenseite wird weitestgehend auf Investitionen verzichtet, Sachaufwendungen werden weiter zurückgefahren und die Personalkosten reduziert.

Dass eine Reduzierung der Personalkosten - gleichzusetzen mit einer Reduzierung der Personaldecke - sozialverträglich gestaltet wird, ist selbstverständlich und kann nur durch Nichtbesetzung frei werdender Stellen geschehen. Dass dies jetzt den Bauhof trifft, heißt nicht, dass die Stellen für immer beim Bauhof wegfallen müssen.

Die vorgesehene notwendige Reduzierung im Stellenplan kann aber nur einhergehen mit der Rationalisierung von Arbeitsabläufen, dem Aussourcen nicht wirtschaftlicher Tätigkeiten und wie schon mehrmals

angemahnt der Reduzierung von Standards und dieses nicht nur beim Bauhof. Gerade für die Verwaltung müssen Lösungen gefunden werden, die zu einem Abbau der angefallenen Überstundenkontingente führen.

Hier erwarten WIR vom Bürgermeister, dass er in den nächsten 2 Jahren intensiv nach Möglichkeiten sucht, diese umgehend umzusetzen.

Der vorliegende Haushalt 2012 zeigt, dass alle Schritte zusammen notwendig sind, um das Konsolidierungsziel zu erreichen. Ein Wegbrechen der Gewerbesteuer, eine deutliche Erhöhung der Kreisumlage, Nichterreichen der Einsparziele bei den Personalkosten lassen die geplanten Haushaltsziele 2013 und 2014 zur Makulatur werden.

WIR verfolgen weiterhin das ehemals von allen Fraktionen gemeinsam formulierte Ziel des Haushaltsausgleiches in 2014 und unterstützen die Anstrengungen der Verwaltung, die diese mit ihren Maßnahmen zur Kostenreduzierung und Einnahmeverbesserung vornimmt – auch wenn die angedachten Wege unseres Bürgermeisters manchmal über das Ziel hinausschießen (Stichwort Entfernung der Hügel auf den Spielplätzen), bzw. beim Einsatz gemeindlicher Mitarbeiter für Bautätigkeiten nicht immer der erwünschte Einspareffekt erzielt wird, sondern eher kontraproduktiv ist.

WIR werden in 2012 weiterhin die von der Landesregierung in ihrem Windenergieerlass favorisierten Bürgerwindräder planerisch positiv begleiten, WIR werden uns weiter für den Erhalt unserer 3 eigenständigen Grundschulen einsetzen und WIR werden uns weiter dafür einsetzen, dass Rosendahl ein Synonym wird für Bürgerengagement, Toleranz, Offenheit und zukunftsweisende Technik. Dabei ist es natürlich nicht förderlich, wenn in der Berichterstattung der Medien ein falsches Bild gezeichnet wird. Ich erwähne nur den Vorwurf im Zusammenhang mit der Kündigung im VHS-Zweckverband, wo uns

vorgeworfen wurde, Rosendahl würde sich aus der Bildung zurückziehen. Dies ist nicht richtig, es wurden keine Weiterbildungsangebote in Rosendahl gestrichen und die Rosendahler Bürger können weiterhin die VHS Angebote in den umliegenden Gemeinden wahrnehmen.

WIR werden oft gefragt (und manchmal beschimpft), warum WIR uns in einer einkommensschwachen Region für höhere Steuern und geringere Personalkosten einsetzen würden. Es ginge doch auch anders. Das stimmt: Ein Blick über die Kreisgrenze hinweg – einer Nachbarstadt der schuldenfreien Gemeinde Olfen – auf Datteln zeigt, dass diese mit ca. 36.000 Einwohnern (etwas mehr als 3 mal so groß wie Rosendahl), in diesem Jahr ein Defizit von 17,4 Millionen Euro aufweist (dem 17 fachen von Rosendahl) , von Kassenkrediten lebt (allein für die Zahlungen an den Fond Deutsche Einheit fielen bisher ca. 8 Millionen an Zinszahlungen an) und einen Hebesatz bei Grundsteuer A (von 205 auf) 220 % (Rosendahl 270%) und Grundsteuer B (von 425 auf) 435% (Rosendahl 510 %) hat. Hier scheint es, dass die Lokalpolitiker nicht rechtzeitig gegengesteuert haben und mittlerweile schon resigniert und sich aufgegeben haben.

Als Dank bekommen sie jetzt Geld aus dem Stärkungspaket des Landes NRW.

WIR wollen rechtzeitig gegensteuern, damit es nicht soweit kommt.

Im Vergleich mit den Landes- und Bundespolitikern verhält sich die Wählergemeinschaft Rosendahl absolut falsch. Würden WIR so agieren wie diese, so müssten WIR Steuergeschenke (am liebsten vor anstehenden Wahlen) an die Bürger verteilen und jedes Jahr trotz „brummender“ Konjunktur neue zusätzliche Schulden machen.

Das machen WIR nicht, das unterscheidet uns „Hobbypolitiker“ von den Berufspolitikern der sogenannten etablierten Parteien.

WIR unterstützen weiterhin die Verwaltung bei der Umsetzung eines Haushaltes, der Garant ist für ein lebbares Rosendahl mit Zukunftsaussichten und geregelten Finanzen.

Zum Schluss möchten WIR uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Zusammenarbeit und namentlich bei Herrn Isfort und Herrn Niehues für die Unterstützung bei den Haushaltsberatungen bedanken.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Hartwig Mensing